

Harald Müller/Katja Frank

# Nukleare Abrüstung - neue Schritte sind notwendig

HSFK-STANDPUNKTE 3/1997



Hessische  
Stiftung  
Friedens- und  
Konfliktforschung

## **Kernwaffenfreie Welt - eine ewig unerfüllbare Utopie?**

Im Dornröschenschlaf eines mit seinem politischen Innenleben befaßten Europa mag es so scheinen. In den USA, wo man bei aller innenpolitischen Fixierung doch immer mit einem Auge auf die große Weltpolitik schaut, sieht es anders aus: dort findet eine lebhaftige Diskussion über das Für und Wider, die Möglichkeiten und Hindernisse völliger nuklearer Abrüstung statt. Und daran nehmen nicht die „üblichen Verdächtigen“, d.h. die allseits bekannten Abrüstungs-Idealisten teil, sondern das Projekt der kernwaffenfreien Welt hat unter anderem den früheren Chef der strategischen Nuklearstreitkräfte der USA, General Lee Butler, den Oberkommandierenden der Alliierten Luftstreitkräfte im Golfkrieg, General Charles Horner, und den ehemaligen höchsten Offizier der NATO-Streitkräfte in Europa, General Bernard Rogers, zu Befürwortern. Vor allem eine Sorge treibt diese „ungewöhnlichen Abrüster“ an: die zunehmenden Sicherheitsmängel im russischen Kernwaffenkomplex. Hier gibt es beunruhigende Nachrichten, die auf eine akute Gefährdung der deutschen und europäischen Sicherheit schließen lassen. Schließlich erhielten die Abrüstungsbefürworter Rückendeckung von juristischer Seite, als der Internationale Gerichtshof 1996 in einem Gutachten den Einsatz von Kernwaffen im allgemeinen für rechtswidrig erklärte und eine bindende Verpflichtung der Kernwaffenstaaten zur Abrüstung feststellte. Es ist für die „Kernwaffenfreaks“ daher nicht mehr möglich, die Idee der Abrüstung unmutig als Unsinn abzutun. Im Gegenteil, wer am Zusammenhalt des westlichen Bündnisses, an der Stärkung des Nichtverbreitungsregimes, ja an der langfristigen nationalen Sicherheit Deutschlands interessiert ist, tut gut daran, sich mit dieser Frage von Grund auf auseinanderzusetzen.<sup>1</sup>

Dabei stößt man auf vier widersprüchliche Trends:

- der nukleare Abrüstungsprozeß stagniert,
- der Wille zu tieferen Einschnitten ist durchaus vorhanden,
- dem steht eine Diskussion über neue militärische Aufgaben für Kernwaffen entgegen,
- gegen diese Diskussion wendet sich die erwähnte öffentliche Debatte über die realen Voraussetzungen völliger nuklearer Abrüstung.

## **Der Stand der nuklearen Abrüstung**

Die nukleare Abrüstung droht auf der Stelle zu treten. Zwar ist die Debatte über weitere Reduzierungsmöglichkeiten nicht völlig zum Erliegen gekommen. Die Chancen für neue Abrüstungsschritte im Nuklearsektor sind aber derzeit auf fast allen Ebenen blockiert. Einzige Ausnahme ist die Entwicklung in Großbritannien, wo sich nach dem Regierungswechsel Veränderungen in der Kernwaffenpolitik abzeichnen.

### *Blockade der START-Verträge*

Seit 1990 haben Rußland und die USA die Zahl ihrer stationierten strategischen Kernsprengköpfe um fast 50% auf je ca. 6000 reduziert. Mit dem START II-Vertrag sollen diese Arsenale nochmals um fast die Hälfte verkleinert werden. Der amerikanische Senat hat das Abkommen Anfang 1996 ratifiziert, bisher scheiterte die Umsetzung der Abrüstungsmaßnahmen aber an der Weigerung der russischen Duma, den Vertrag zu ratifizieren. Die Mehrzahl der Parlamentarier ist - nicht unbegründet - der Meinung, daß die Regelungen in START II Rußland benachteiligen. So könnten die Vereinigten Staaten in kurzer Zeit zusätzliche 4500 Sprengköpfe auf ihre Trägerwaffen montieren, wenn sie sich zum Ausbruch aus dem Vertrag entschließen würden; sie müßten dazu lediglich Sprengköpfe aus ihrer strategi-

---

<sup>1</sup> Dieser „HSFK-Standpunkt“ setzt die Diskussion des HSFK-Reports 8/1996 fort. Er entstand im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekts. Für die Forschungsarbeit wurde Literatur aus der von der DFG geförderten Spezialbibliothek „Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika und ihre politischen Voraussetzungen“ verwendet.

schen Reserve aktivieren und ihre Minuteman III und Trident D-5 Raketen voll beladen (beide Raketen tragen unter START II weniger Sprengköpfe als technisch möglich) und eine Reihe von B-52 und B-1 Bombern wieder mit Kernwaffen bestücken. Das russische „Ausbruchspotential“ beträgt nur rund 900 Sprengköpfe. Viele russische Abgeordnete möchten deshalb entweder Änderungen in START II erreichen oder ihn durch einen START III-Vertrag ersetzen. Eine weitere Bedingung für die Ratifikation von russischer Seite ist die strikte Einhaltung des ABM-Vertrags. Selbst Befürworter von START II befürchten, daß der Aufbau eines Raketenabwehrsystems bei gleichzeitiger Reduzierung der strategischen Arsenale die USA in eine überlegene Position bringen wird. Hinter beiden Argumenten stehen finanzielle Erwägungen. Die in START II vorgesehenen Abrüstungsmaßnahmen verursachen hohe Kosten. Rußland ist aufgrund seiner schlechten wirtschaftlichen Verfassung zudem nicht in der Lage, seine strategischen Nuklearstreitkräfte an die Bestimmungen in START II anzupassen und kann kein ebenbürtiges Raketenabwehrsystem installieren, sollte der ABM-Vertrag aufgekündigt werden. Schließlich wird die Ratifikation des START II-Vertrags mit der NATO-Osterweiterung verknüpft. Sie ist eine der wenigen Trumpfkarten, die Rußland zur Verfügung stehen, um Zugeständnisse zu erwirken. Eine Ratifikation zum jetzigen Zeitpunkt - so sieht es die Duma - hieße, diesen Trumpf ohne Gegenleistung aus der Hand zu geben. Die Clinton-Administration möchte aber nicht mit neuen Verhandlungen beginnen, ehe nicht START II in Kraft getreten ist. Der bilaterale Abrüstungsprozeß zwischen den USA und Rußland ist damit in eine Sackgasse geraten. Das Helsinki-Gipfeltreffen der Präsidenten Clinton und Jelzin im März 1997 war der Versuch, diese Blockade zu brechen. Die gemeinsamen Erklärungen zu zukünftigen nuklearen Abrüstungsschritten, zum ABM-Vertrag und zur europäischen Sicherheit (NATO) sollten die Hindernisse für eine Ratifikation durch die Duma beseitigen. So einigten sich Clinton und Jelzin darauf, sofort nach der Ratifikation des START II-Vertrags mit den Verhandlungen zu START III zu beginnen. Es wurden Richtlinien für den Inhalt dieses künftigen Vertrags festgelegt. Ziel ist es, bis zum Jahr 2007 die Zahl der strategischen Nuklearsprengköpfe auf 2000-2500 zu reduzieren. Vorgesehen sind erstmals auch Transparenzmaßnahmen für strategische Kernwaffen, für die Bestände des Nuklearnaterials, das in diesen Waffen verwendet wird, sowie für die Demontage der Sprengköpfe. Dadurch soll die Umkehrung des Abrüstungsprozesses erschwert werden. Auch den finanziellen Problemen Rußlands wurde Rechnung getragen. Die Frist für den Abschluß der kostspieligen Demontage der Trägersysteme und Silos unter START II soll verlängert werden. Als Ausgleich sollen die strategischen Trägersysteme, die unter START II zu eliminieren sind, baldmöglichst deaktiviert und ihre Sprengköpfe demontiert werden. Clinton sagte Rußland finanzielle Unterstützung bei der Zerstörung seiner Waffenbestände zu. Für die Problembereiche Raketenabwehr und NATO-Erweiterung wurden Kompromißformeln gefunden. Präsident Jelzin versprach, den START II-Vertrag unverzüglich der Duma zur Ratifikation vorzulegen. Der Helsinki-Gipfel war ein eindrucksvolles Zeichen dafür, daß die Regierungen der beiden großen Kernwaffenstaaten durchaus zu weitergehenden Abrüstungsmaßnahmen bereit sind. Die Reaktionen auf das Helsinki-Gipfeltreffen waren vorwiegend positiv, wurden hier doch erstmals die eigentlichen Kernwaffen, nämlich die Sprengköpfe, in den Mittelpunkt der Abrüstung gerückt. Dennoch scheinen die Chancen für die Ratifikation des START II-Vertrags nicht gestiegen zu sein, denn die russische Duma ist vom Ergebnis des Treffens nicht überzeugt. Insbesondere der Kompromiß, der in der ABM-Frage erzielt wurde, verschiebe die Lösungssuche lediglich auf einen späteren Zeitpunkt. Nach Meinung des Vorsitzenden des Ausschusses für internationale Angelegenheiten, Vladimir Lukin, haben sich die Aussichten für die Ratifikation nicht verbessert. Der Führer der Kommunistischen Partei, Gennady Zyuganov, betrachtet das Ergebnis des Gipfels gar als eine vollständige Preisgabe russischer Interessen.

### *Blockade des Cut-off*

Nach dem Abschluß des Teststoppvertrags 1996 steht ein Verbot der Spaltstoffproduktion für Kernwaffen (Cut-off-Vertrag) auf der Agenda der nuklearen Rüstungskontrolle ganz oben. Vor zwei Jahren wurden die Aussichten für einen zügigen Abschluß als gut eingeschätzt. Auch heute unterstützen ihn fast alle Mitglieder der Vereinten Nationen. Rußland und die drei westlichen Kernwaffenstaaten haben die Herstellung offiziell eingestellt. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird auch in China kein Material mehr produziert. Dennoch war es nicht möglich, mit Verhandlungen zu beginnen. Sowohl die Abrüstungskonferenz in Genf (CD), die offizielles Verhandlungsforum ist, als auch der Erste Ausschuß der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) sind blockiert. Grund dafür ist die Forderung zahlreicher Staaten der Blockfreienbewegung (NAM), parallele Gespräche über einen vertraglich fixierten

Zeitplan für vollständige nukleare Abrüstung zu führen, und die Weigerung der Kernwaffenstaaten, diesem Wunsch zu folgen. Die Blockfreien verlangen die Einrichtung eines Ad-hoc-Ausschusses für nukleare Abrüstungsfragen und machen davon den Beginn der Cut-off-Verhandlungen abhängig. Die westlichen Kernwaffenstaaten sind aber strikt gegen dessen Einrichtung. Sie befürchten eine Verknüpfung zwischen diesen Verhandlungen und einer verbindlichen Zeitvorgabe für die Abrüstung ihrer Kernwaffenarsenale. Da sie einen solchen Zeitplan ablehnen, verhindert die Verknüpfung den Beginn der Cut-off-Gespräche. Versuche, einen Kompromiß zu finden, sind bisher gescheitert. Viele NAM-Staaten wären bereit, den Ad-hoc-Ausschuß ohne Verhandlungsmandat zu akzeptieren, auf die Festlegung eines Zeitrahmens zu verzichten und nur allgemein über Aspekte und Optionen nuklearer Abrüstung zu beraten. Diesem Vorschlag könnten sich auch viele der Alliierten der Kernwaffenstaaten anschließen. Er wird aber sowohl von den westlichen Kernwaffenstaaten wie auch von einigen „Hardlinern“ aus dem Lager der NAM, angeführt von Indien, abgelehnt.

### *Blockade des Teststoppvertrages*

Im September 1996 wurde der Umfassende Teststoppvertrag (CTBT) nach zähen Verhandlungen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Unterschrift aufgelegt. Dieser Vertrag stellt einen Meilenstein in der Geschichte der multilateralen Rüstungskontrolle dar. Schon nach kurzer Zeit hatten fast 140 Staaten ihre Unterschrift geleistet. Obwohl der Vertrag noch nicht in Kraft ist, begann schon im November 1996 die Vorbereitung des Aufbaus der CTBTO, der Organisation, die die Einhaltung der Vertragsbestimmungen später kontrollieren soll. Der Erfolg ist allerdings nicht ungetrübt. Laut Vertragsbestimmungen kann der Teststoppvertrag erst in Kraft treten, wenn ihn eine Reihe bestimmter Staaten ratifiziert hat. Die meisten der 44 von dieser Regel betroffenen Staaten haben das Abkommen schon unterzeichnet. Indien jedoch weigert sich strikt, dem Vertrag jetzt oder in Zukunft beizutreten, und Pakistan wird nicht ratifizieren, solange Indien kein Vertragsmitglied ist; Indien lehnt den Beitritt ab, solange die Kernwaffenstaaten sich nicht verbindlich auf völlige nukleare Abrüstung festlegen. Unter diesen Umständen, so die indische Regierung, müsse man sich die Kernwaffenoption offenhalten. Die Unterzeichnung eines Vertrags darf nicht mit der Ratifikation verwechselt werden, die der Zustimmung der nationalen Parlamente bedarf. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der russischen Duma und im amerikanischen Senat ist eine zügige Ratifikation unwahrscheinlich. Damit ist das Inkrafttreten des Teststopp ungewiß. Frühestens 1999 kann - gemäß den Vertragsbestimmungen - eine Konferenz der Vertragsstaaten über „Möglichkeiten der Beschleunigung des Ratifikationsprozesses“ beraten. Eine Einigung wird nicht einfach sein: Jede Entscheidung muß im Konsens getroffen werden. Dennoch ist der Teststopps schon heute von Wert. Nach der Wiener Vertragskonvention begründet schon die Unterzeichnung eines Vertrags wesentliche Verpflichtungen: Der unterzeichnende Staat muß sich jeglicher Handlung enthalten, die Zweck und Ziel des Vertrags zuwiderläuft. Die offiziellen Kernwaffenstaaten - alle Unterzeichner - müssen demnach bereits jetzt auf weitere Kernwaffentests verzichten.

### *Neue kernwaffenfreie Zonen*

Innerhalb der vergangenen drei Jahre entwickelten sich die kernwaffenfreien Zonen vielversprechend. Den schon länger existierenden Zonen im Südpazifik und Lateinamerika werden sich in Kürze zwei neue Zonen, in Afrika und Südostasien, hinzugesellen. Damit werden bald 105 der 185 Mitglieder der Vereinten Nationen einer kernwaffenfreien Zone angeschlossen sein. Dieser Trend hält an. Die zentralasiatischen Staaten forderten in der Almaty Erklärung vom Februar diesen Jahres, daß auch ihre Region eine solche Zone wird, die Mongolei hat sich gar zur „Kernwaffenfreien Zone mit einem Staat“ erklärt. Brasilien und Neuseeland brachten im Rahmen des VN Abrüstungskomitees einen Resolutionsentwurf ein, der die Schaffung einer nuklearwaffenfreien südlichen Hemisphäre vorschlägt. Weißrußland fordert die Gründung eines kernwaffenfreien Raums in Zentral- und Osteuropa, was allerdings von der NATO und den beitriftswilligen Staaten abgelehnt wird. Freilich würde der Widerstand der Beitrittsländer dahinschmelzen, wenn die übrigen NATO-Mitglieder klarstellen, daß in jedem Fall die uneingeschränkte Beistandsgarantie gilt, also keine „Sicherheit zweiter Klasse“ für die NATO-Partner in einer solchen kernwaffenfreien Zone geschaffen würde.

## *Nukleare Abrüstung und der Nichtverbreitungsvertrag (NVV)*

Das erste Treffen des Vorbereitungskomitees (Prepcom) für die nächste Überprüfungskonferenz des NVV im Jahr 2000 fand im April dieses Jahres statt. Die dortige Diskussion über Abrüstung wiederholte zum größten Teil bekannte Positionen aus der CD und dem Abrüstungsausschuß der VN. Zwar betonten viele Mitgliedstaaten des NVV, z. B. Mexiko, die Schweiz und Südafrika, die Priorität der Abrüstungsfrage. Die USA, die EU-Staaten und China setzten aber durch, daß das Thema keinen Vorrang vor den Fragen der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der Verifikation des NVV erhielt. Weniger als 20 Delegationen beteiligten sich an der Debatte. Kanada schlug angesichts der Blockade der Cut-off-Verhandlungen vor, die Kernwaffenstaaten sollten sich einseitig zum Verzicht auf weitere Spaltstoffproduktion für Waffenzwecke verpflichten. Südafrika forderte die drei „kleineren“ Kernwaffenstaaten Großbritannien, Frankreich und China - auf, sich aktiver am Abrüstungsprozeß zu beteiligen. Kanada regte in diesem Zusammenhang an, daß die drei zumindest ihre bestehenden Arsenale nicht vergrößern sollten. Großbritannien, China und Frankreich machten unmißverständlich klar, daß sie sich erst in den Abrüstungsprozeß einklinken werden, wenn die Arsenale Rußlands und der USA auf die Größe ihrer eigenen Arsenale geschrumpft seien, d. h. deutlich unter 1000 liegen. Die schwache Stellung des Abrüstungsthemas wird auch nicht durch die gemeinsame Erklärung der Kernwaffenstaaten zum Thema Nichtverbreitung und Abrüstung aufgewertet. Zwar ist die Einmütigkeit der fünf ein Novum. Bei genauerer Betrachtung enthält die Erklärung aber nichts Neues. Sie verdeutlicht statt dessen die Zufriedenheit der Kernwaffenstaaten mit dem bereits erreichten Abrüstungsniveau. So empfiehlt der Abschlußreport lediglich, dem Cut-off auf dem nächsten Treffen der Prepcom einen besonderen Stellenwert beizumessen.

## **Zwei Abrüstungsstrategien**

In der Abrüstungspolitik sieht es also nicht gut aus. Hingegen gibt es eine lebhaft diskutierte Diskussion unter den Nichtregierungsorganisationen (NGO), die über die vorsichtige Haltung der westlichen Regierungen kreativ hinausdenken. Dabei stehen sich zwei gegensätzliche Strategien gegenüber: die erste möchte eine kernwaffenfreie Welt in einem einzigen Schritt erreichen. Die andere sieht einen offenen Prozeß vieler ineinandergreifender Schritte voraus, deren genauer Ablauf und zeitlicher Endpunkt sich heute nicht genau bestimmen lassen.

Die erste Strategie beinhaltet eine „verbindliche Zeittafel“ für die nukleare Abrüstung sowie eine „Kernwaffenkonvention“. Zwar sind auch in der „Zeittafel“ eine Reihe einzelner Schritte vorgesehen, allerdings sieht sie den Abschluß dieses Prozesses zu einem bereits heute festgelegten Zeitpunkt vor. Die Kernwaffenkonvention möchte analog zur Bio- und Chemiewaffenkonvention Kernwaffen mit einem Schlag verbieten, wobei der vorliegende Entwurf dieses Ziel über mehrere Phasen erreichen wird und sich daher an die Idee einer „Zeittafel“ anlehnt. Diese Vorschläge haben manches für sich. Sie gehen das Problem der Kernwaffen frontal an, lassen keinen Zweifel über den Endzeitpunkt, setzen die Kernwaffenstaaten unter einen heilsamen Druck und vermeiden die stolpersteinhaltige endlose Kette von Verhandlungen, die der „Schritt-für-Schritt-Prozeß“ verlangt. Ihre Einfachheit besticht.

Andererseits liegt gerade darin ihre zentrale Schwäche. Das Kernwaffenproblem ist nämlich unglücklicherweise höchst komplex und verlangt nach dieser Komplexität angemessenen Lösungen. Kernwaffen sind im Unterschied zu biologischen und chemischen Waffen fest in die militärischen Strukturen sowie Sicherheitspolitiken eingebunden und tief in den Denkmustern und sogar in den Identitäten der Kernwaffenstaaten, der Schwellenländer und mancher NATO-Alliierten verwurzelt. Es wird daher unmöglich sein, den nuklearen Faktor über Nacht aus der Welt zu schaffen. Voraussetzung für den Abschluß einer Konvention oder eines bindenden Zeitplans wäre, daß die Mehrheit der Bevölkerungen und der politischen Eliten von der Sache überzeugt wäre. Davon sind wir weit entfernt. Viele Menschen glauben fest daran, daß nur die Kernwaffen den großen Krieg im letzten halben Jahrhundert verhindert haben und für die internationale Sicherheit auch in Zukunft unverzichtbar sind; in Israel beispielsweise werden sie als Überlebensgarantie betrachtet. In Rußland werden neuerdings - ganz wie früher in der NATO - (vor allem taktische) Kernwaffen als einzige Gewähr nationaler Sicherheit gegen einen konventionell weit überlegenen Gegner (die NATO) angesehen. Das amerikanische Militär behält sich den Ersteinsatz von Kernwaffen gegen chemische und biologische Waffen vor. Kernwaffen

als Sicherheitsgarantie - diese Sichtweise gilt nicht nur für den „militärisch-industriellen Komplex“ in den Kernwaffenstaaten, sondern auch für breite Teile ihrer Öffentlichkeit, wie sich aus Meinungsumfragen ablesen läßt. Allerdings finden sich dort gelegentlich Mehrheiten für eine Abrüstung, vorausgesetzt, alle wichtigen Akteure sind beteiligt.

In einem Teil der Kernwaffenstaaten herrscht auch die Meinung, der nationale Status hänge vom Besitz von Atomwaffen ab. Zwar läßt sich diese Behauptung leicht angreifen. In den letzten fünfzig Jahren weisen drei Staaten den größten Statuszuwachs auf - China, Deutschland und Japan, und nur China ist ein Kernwaffenstaat. Frankreich, Großbritannien und am drastischsten die Sowjetunion haben an Status verloren. Pakistan und Nordkorea konnten ihre Position keinesfalls verbessern, Indien gelingt dies nicht seit seinem Kernwaffenversuch 1974, sondern erst seit seinen wirtschaftlichen Reformen. Trotz dieser Bilanz ist der Glaube an das mit Kernwaffen verbundene Prestige tief verankert.

Und dann sind da noch die militärischen Nuklearkomplexe: sie bestehen aus Tausenden von Experten in Forschungszentren, in den zuständigen militärischen Dienststellen und Einheiten und in den Industriebetrieben, in denen das Spaltmaterial und die nichtnuklearen Waffenteile produziert und die Kernwaffen montiert und gewartet werden. Das materielle Interesse all dieser Menschen ist gegen die nukleare Abrüstung gerichtet. Sie üben erheblichen Einfluß auf die Sicherheitspolitik und die dazugehörigen parlamentarischen Entscheidungen aus.

Es ist eine Binsenweisheit, daß nukleare Abrüstung nicht gegen die Kernwaffenstaaten stattfinden kann. Es geht also darum, in diesen Staaten eine genügend große Mehrheit in den Eliten und im Volk davon zu überzeugen, daß die den Kernwaffen zugeschriebenen Aufgaben auch ohne sie gelöst werden können. Diese Überzeugungsarbeit kann nur gelingen, wenn die Bedingungen sich soweit geändert haben, daß auch heutige Skeptiker Abrüstung für möglich und aus ihrer Interessenlage heraus für wünschenswert halten.

Genau dies ist die Strategie des schrittweisen Ansatzes. Jeder Schritt verändert das sicherheitspolitische Umfeld, in dem „das Mögliche“ und „die Interessen“ definiert werden. Entsprechend lassen sich neue, abrüstungsfreundlichere Definitionen finden, auf denen kühnere Schritte von einer größeren Zahl von Befürwortern getan werden können. Schließlich können - vielleicht - die Bedingungen zusammengesetzt werden, unter denen auch der letzte Schritt zu einer kernwaffenfreien Welt keine Utopie mehr sein wird. Während die Strategie des „in einem Sprung“ uns die Aussicht bietet, das Projekt mit Schwung gegen die Wand zu fahren, gibt uns der schrittweise Ansatz die Hoffnung einer dauerhaften Verbesserung der Lage, mit wachsenden Chancen, das Endziel wirklich zu erreichen.

## **Die Vorschläge der Nichtregierungsorganisationen**

Die Überlegungen von NGOs beginnen dort, wo die Vorstellungskraft der nationalen Regierungen aufhört - was kommt nach START III und dem Cut-off-Vertrag? Eine ganze Reihe von Forschungsprojekten untersucht die Bedingungen für weitere Abrüstungsschritte mit dem Endziel einer kernwaffenfreien Welt. Nukleare Abrüstung kann nach Meinung der meisten Studien nur in aufeinanderfolgenden Phasen stattfinden. Jede neue Phase bringt weitere Reduzierungen der nuklearen Streitkräfte mit sich, erfordert aber auch Veränderungen in der sicherheitspolitischen Umwelt, vor allem ein immer höheres Maß an Transparenz und Vertrauen zwischen den Staaten, sowie ein effektives Verifikationssystem. Entwürfe, die so weit in die Zukunft gerichtet sind, enthalten sicherlich ein gewisses Maß an Spekulation. Den meisten Projekten ist der Blick für die Realität jedoch nicht verlorengegangen. Sie sind sich der aktuellen Situation in den internationalen Beziehungen bewußt. Deshalb entwickeln sie nicht nur langfristige Abrüstungsstrategien, sondern empfehlen zudem konkrete Maßnahmen für die absehbare Zukunft.

### *Einbeziehung taktischer Kernwaffen und der Reserven*

Nach START II werden die Arsenale Rußlands und der USA auf je ca. 3500 stationierte strategische Kernwaffen geschrumpft sein. Dies sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß in beiden Staaten die Gesamtmenge der Kernsprengköpfe immer noch bei je ca. 8000 liegen wird, denn die bestehenden

Abrüstungsverträge beschränken weder die Zahl der Sprengköpfe in Reserve noch der taktischen Kernwaffen, also solcher mit kurzer Reichweite. Neben den von START II erlaubten Obergrenzen von 3500 stationierten strategischen Kernwaffen werden die USA im Jahr 2003 voraussichtlich noch über 1000 taktische Kernwaffen und 3500 Reservesprengköpfe verfügen. Rußland wird demgegenüber zwar geringere strategische Reserven, dafür aber vermutlich wesentlich mehr taktische Kernwaffen besitzen. Verschiedene Gründe sprechen für eine zügige Eliminierung der taktischen Kernwaffen und der strategischen Reserven. Es wird vermutet, daß taktische Kernwaffen weniger sicher gelagert und weniger sorgfältig bewacht werden als die strategischen Arsenale. Sie könnten deshalb anfälliger für Diebstahl oder unautorisierte Eingriffe sein. Für taktische Kernwaffen wird eine erhöhte Gefahr des Einsatzes in regionalen Konflikten und Bürgerkriegen angenommen. Ein Einsatz auf regionaler Ebene kann leicht zur Eskalation eines regional begrenzten Konfliktes führen. Die in Europa stationierten taktischen Kernwaffen der USA verstärken die russischen Bedenken hinsichtlich der NATO-Osterweiterung. Die Waffen könnten trotz der gegenteiligen Zusicherung seitens der NATO relativ schnell in die neuen NATO-Mitgliedstaaten transportiert werden. Die hohe Zahl der strategischen Reservesprengköpfe der USA ist, wie bereits erwähnt, eine der Ursachen, warum die russische Duma den START II-Vertrag nicht ratifiziert. Die Unterhaltung dermaßen großer Reservebestände ist der weiteren Vertrauensbildung zwischen den beiden Staaten abträglich. NGOs schlagen deshalb vor, taktische Kernwaffen und Reserven durch verbindliche Regelungen zu beschränken. Eine Möglichkeit wäre eine (möglichst niedrige) Gesamtbergrenze für alle Sprengköpfe. Die USA und Rußland könnten dann selbst entscheiden, wie groß der Anteil an strategischen und taktischen Kernwaffen innerhalb ihrer Nuklearstreitkräfte ist.

### *Risikoreduzierung*

Der Großteil der heute stationierten Kernwaffen befindet sich noch im Zustand hoher Alarmbereitschaft. Dieser Bereitschaftszustand soll die Möglichkeit von feindlichen Überraschungsangriffen verringern, birgt aber hohe Risiken. Kernwaffen in Alarmbereitschaft können in kürzester Zeit abgefeuert werden. Es besteht dadurch die Gefahr unbeabsichtigter Abschüsse durch technische Fehlfunktionen oder einen Fehlalarm. Auch können schlechte Sicherheitsstandards unautorisierte Starts von Nuklearraketen verursachen. Fehleinschätzungen in einer Krise können zum irrtümlichen Abschub führen. Eine Möglichkeit, die o.g. Risiken zu verringern, ist die Beendigung bzw. das Absenken des Alarmstatus der Kernwaffenarsenale (de-alerting), z.B. durch:

- Löschung der Zielkoordinaten aus den Raketen,
- Entfernung der Sprengköpfe aus den Trägersystemen, getrennte Lagerung,
- Blockieren oder Entfernen von Teilen des Zündsystems,
- Entfernung der Sprengstoffpakete, die beim Schnellabschub die Dächer der Raketensilos sprengen sollen,
- Trennung der Raketen und der Lafetten bei mobilen Interkontinentalraketen,
- Entfernung der Zielcomputer aus den Raketen,
- Entfernung der die Zielcomputer speisenden Batterien,
- getrennte Lagerung der Komponenten der Raketenlenkung von der eigentlichen Rakete.

Durch diese Maßnahmen wird es unmöglich, Kernwaffen mit einem einfachen Knopfdruck auszulösen. Je nachdem, welche Maßnahmen angewendet werden, wird die Zeit bis zum Erreichen der Gefechtsbereitschaft z.T. erheblich verlängert. Das gesamte Konzept des „de-alerting“ ist jedoch nur dann wirksam, wenn die Vorkehrungen nur mit relativ hohem Zeitaufwand wieder rückgängig gemacht werden können und verifizierbar sind, d. h. ihre Durchführung geprüft werden kann.

## *Vertrauensbildung*

De-alerting ist neben der Risikoreduzierung auch unverzichtbarer Bestandteil eines notwendigen Vertrauensbildungsprozesses. Vertrauensbildung wird von allen NGO-Studien als eine Grundvoraussetzung für weitreichende Abrüstungsschritte betrachtet. Die Beendigung des Alarmstatus signalisiert dem potentiellen Gegner die eigenen friedlichen Absichten und den guten Willen zur Verbesserung der Beziehungen. Den gleichen Zweck erfüllen Transparenzmaßnahmen. Die Vorschläge reichen hier von der Offenlegung von Daten über die eigenen Bestände an Kernwaffen und deren Produktionsanlagen, über die Meldung der eigenen konventionellen Rüstungsbestände bis hin zu Angaben über die Grundzüge der nationalen Verteidigungsplanung. Die freiwillige Veröffentlichung dieser Informationen soll dazu beitragen, die Unsicherheit über die Absichten und Fähigkeiten des Gegenübers zu verringern. Auf diese Weise kann der Weg zu neuen Vereinbarungen geebnet werden.

## *Verifikation*

Die Kernwaffenstaaten werden nur dann bereit sein, ihre Arsenale extrem zu verkleinern oder ganz abzuschaffen, wenn geheime Kernwaffenprogramme mit ausreichender Sicherheit und so frühzeitig entdeckt werden können, daß noch Zeit für wirksame Gegenmaßnahmen bleibt. Man ist sich bewußt, daß es kein „wasserdichtes“ Verifikationssystem geben wird, weder heute noch in Zukunft. Diese Feststellung ist jedoch nach Meinung vieler Experten nicht das Todesurteil für die Idee einer kernwaffenfreien Welt. Verifikation muß keinen Perfektionsstandard erfüllen, andernfalls hätten wichtige Rüstungskontrollverträge wie die Chemiewaffenkonvention oder der KSE-Vertrag nie in Kraft treten können. Ein Verifikationssystem muß zwei Anforderungen genügen:

- Es muß mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit Betrugsversuche aufdecken. Die Wahrscheinlichkeit der frühzeitigen Entdeckung geheimer Kernwaffenprogramme muß so groß sein, daß Betrüger von vornherein abgeschreckt werden.
- Es muß so effektiv arbeiten, daß die Kernwaffenstaaten das Restrisiko eines zu spät entdeckten Betrugs für geringer halten als die Gefahr, die vom Fortbestehen einer Welt mit Kernwaffen ausgeht.

Zunächst muß ein Verifikationssystem überprüfen, daß im Verlauf jeder Abrüstungsphase alle diejenigen Kernwaffen und Trägersysteme gemeldet werden, auf deren Abrüstung man sich geeinigt hat. Das ist schwierig, weil niemand genau weiß, wieviele Kernwaffen überhaupt existieren. Zudem sind moderne Kernwaffen und die Komponenten, aus denen sie zusammengesetzt sind, relativ klein, leicht zu transportieren und folglich auch leicht zu verstecken. In den einschlägigen Verifikationsstudien wird deshalb die kombinierte Nutzung verschiedener Methoden vorgeschlagen. U.a. müssen die Angaben der Kernwaffenstaaten durch Satellitenaufnahmen und Vor-Ort-Inspektionen überprüft werden. Die Inspektoren müssen weitreichende Zugangsrechte zu Produktionsanlagen und Lagerstätten erhalten und sollen bei ihrer Arbeit durch die nationalen Nachrichtendienste unterstützt werden. Zudem müssen die zu zerstörenden Kernwaffen eindeutig identifiziert werden, Sprengköpfe und Raketen müssen von Attrappen unterschieden werden können. Auch dazu wurden Lösungsmöglichkeiten erarbeitet. Kernwaffen können mit fälschungssicheren Siegeln und Markierungen versehen werden. Von Sprengköpfen kann zudem aufgrund ihrer spezifischen Strahlung eine Art „Fingerabdruck“ genommen werden, der zur Erkennung des Waffentyps genutzt werden kann. Ein weiteres Problem ergibt sich bei der Zerstörung der Kernwaffen. Es muß sichergestellt werden, daß beim Zerstörungsprozeß keine sensiblen Informationen bekannt werden. Um zu verhindern, daß geheime Daten über den Aufbau von Kernwaffen bei der Demontage bekannt werden, wurde das sogenannte „containment“-Prinzip entwickelt. Die Idee ist einfach: Die markierten Kernwaffen werden in versiegelten Containern in abgeriegelte Anlagen gebracht. Es gibt nur einen streng bewachten Aus- und Eingang. Nichts kann unkontrolliert in die Anlage hinein oder aus ihr herausgebracht werden. Die Demontage wird von Staatsangehörigen der Kernwaffenstaaten vorgenommen. Das aus den Kernwaffen entnommene Spaltmaterial wird der Kontrolle einer internationalen Organisation unterstellt.

Als Ergänzung zu den technischen Methoden wurde das Konzept der „sozialen“ Verifikation entwickelt. Es handelt sich dabei um ein Kontrollsystem, das im Gegensatz zu den traditionellen Verifikationskonzepten auf der Beteiligung der gesamten Bevölkerung eines Landes beruht. Jeder Bürger eines



Landes soll gesetzlich verpflichtet werden, Kenntnisse über geheime Nuklearaktivitäten an eine internationale Behörde weiterzuleiten. Da die Unterhaltung eines Kernwaffenprojekts die Mitarbeit vieler hochspezialisierter Wissenschaftler und Ingenieure erfordert, liegt ein Schwerpunkt der sozialen Verifikation auf Beobachtungen und Informationen von Mitarbeitern in den relevanten Industrien und Wissenschaftszweigen. Eines der schwierigsten Probleme sozialer Verifikation ist, daß diese Art der Kontrolle häufig mit fehlender Loyalität und dem Begriff der Spionage, der Auskundschaftung der eigenen Nachbarn und Kollegen gleichgesetzt wird. Hier soll umfangreiche Aufklärungsarbeit zum Erfolg führen. Die Bürger müssen vom hohen Wert einer kernwaffenfreien Welt überzeugt werden. Die Befürworter sozialer Verifikation gehen davon aus, daß die Umsetzung des Konzepts in nichtdemokratischen Staaten problematisch ist. Die Möglichkeiten, Informanten zu schützen, sind geringer, die Angst in der Bevölkerung vor Repressalien ist größer als in Demokratien. Der Erfolg des Konzepts setzt demnach die Demokratisierung aller kernwaffenfähigen Länder voraus.

Wann die Leistungsfähigkeit der Verifikation jeweils für den Einstieg in eine neue Abrüstungsphase ausreicht, ist eine politische Frage. Sie hängt eng mit der Wahrnehmung der Vertrauenswürdigkeit zwischen den Nuklearstaaten zusammen, mit dem Ausmaß regionaler Konflikte und den Möglichkeiten ihrer gewaltfreien Lösung. Um nukleare Abrüstung nicht an Schwächen der Verifikationstechnologien scheitern zu lassen, muß bereits heute in die Entwicklung zukünftiger Technologien investiert werden. Die meisten Verifikationsstudien befassen sich jedoch nicht nur mit der Kontrolle des Abrüstungsprozesses, sondern darüber hinaus mit der Verifikation in einer bereits denuklearisierten Welt. Alle o. g. technischen und sozialen Verifikationsmaßnahmen bleiben, soweit sie nicht ausschließlich die Zerstörung von Kernwaffen betreffen, in Kraft. Zudem muß das heute schon für Nichtkernwaffenstaaten existierende Verifikationssystem des NVV dann auf alle Staaten angewendet werden, d. h. die zivile Kernindustrie muß, solange sie existiert, vollständig kontrolliert werden. Die Fähigkeit zur Entdeckung geheimer Kernwaffenprogramme muß auch in einer kernwaffenfreien Welt gewahrt bleiben.

### *Sicherheit in einer kernwaffenfreien Welt*

Die Schaffung einer kernwaffenfreien Welt ist nur dann sinnvoll, wenn sie sicherer ist als eine Welt, in der Kernwaffen existieren. Die Abschaffung von Kernwaffen ist aber nicht gleichbedeutend mit der Abschaffung von Konflikten und Gewalt in den internationalen Beziehungen. Um Staaten zu radikalen Reduzierungen ihrer Arsenale oder gar zum völligen Verzicht auf Kernwaffen zu bewegen, müssen Alternativen zur Befriedigung ihres Sicherheitsbedürfnisses angeboten werden. Auch hier gibt es einige Vorschläge:

- Die Abschreckungswirkung von Kernwaffen könnte durch konventionelle Waffen ersetzt werden. Dazu wäre ein qualitativer und quantitativer Ausbau der konventionellen Streitkräfte notwendig,<sup>2</sup> nur gehen die Meinungen darüber, wie groß die Aufstockung der konventionellen Arsenale zu sein habe, weit auseinander.
- Zur Bearbeitung von regionalen Konflikten sollen Mechanismen der friedlichen Konfliktlösung gefunden werden.
- Für den Fall, daß Versuche der friedlichen Konfliktlösung gescheitert sind, wird vorgeschlagen, eine Schnelle Eingreiftruppe unter internationaler Kontrolle zu schaffen.

Eine weitere Bedrohung der Sicherheit geht von der Möglichkeit der Renuklearisierung aus, denn das Wissen über Kernwaffen, die Fähigkeit zu ihrer Herstellung, ist immer latent vorhanden, selbst in einer Welt, in der sich alle Staaten zum Verzicht auf Kernwaffen verpflichtet haben. In kritischen Situationen ist ein Ausbruch aus der Verpflichtung durchaus denkbar. Was tun, wenn das Verifikationssystem den heimlichen Versuch der Kernwaffenproduktion entdeckt? Oder schlimmer noch: das Verifikationssystem versagt und entdeckt das geheime Kernwaffenprogramm nicht oder zu spät und die Staatengemeinschaft stünde einem bereits mit Kernwaffen ausgerüsteten Staat gegenüber. Es ist deshalb nötig, sich schon im Vorfeld vollständiger nuklearer Abrüstung Gedanken zu machen, wie in einer kernwaffenfreien Welt auf eine plötzliche nukleare Bedrohung reagiert werden kann. Dieses

---

<sup>2</sup> Diese Option wird übrigens von einigen der Generäle, die sich für die Abschaffung von Kernwaffen stark machen, favorisiert.

Problem ist bisher am wenigsten überzeugend diskutiert worden. Eine zufriedenstellende Lösung ist noch nicht in Sicht. Dennoch gibt es einige grundlegende Überlegungen. Es sei vor allem wichtig, daß die Staaten angesichts einer nuklearen Bedrohung nicht in ihre gewohnte Selbsthilfepolitik zurückfallen. Damit wäre die Renuklearisierung der Welt unausweichlich. Die Reaktion auf einen Vertragsbruch sollte durch eine multilaterale Institution festgelegt werden. Obwohl durchaus auch regionale Organisationen für diese Aufgabe in Betracht kommen, wird für die absehbare Zukunft nur dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Autorität zum Beschluß von Zwangsmaßnahmen zugetraut, denn ihm stehen eine ganze Reihe von Reaktionsmöglichkeiten offen. Je nachdem, wie ernst er die Situation einschätzt, kann er sich auf politischen Druck beschränken, wirtschaftliche Sanktionen einleiten oder gar eine militärische Intervention beschließen. Damit er wirkungsvoll handeln kann, schlagen einige Experten vor, ihm eine eigene militärische Eingreiftruppe zu unterstellen. Damit wäre er nicht mehr auf die Bereitwilligkeit der Nationalstaaten angewiesen, an Militäroperationen mitzuwirken. Es ist allerdings klar, daß dieser Mechanismus nur funktionieren kann, wenn die ehemaligen Kernwaffenstaaten - die permanenten Mitglieder des Sicherheitsrats - auf ihr Vetorecht gegen dessen Entscheidungen verzichten. Damit ist auf absehbare Zeit nicht zu rechnen. Es gibt sogar den Vorschlag, den Vereinten Nationen übergangsweise eine kleine Anzahl von Kernwaffen zu unterstellen, die in der letzten Phase vor der völligen Eliminierung die Abschreckungsfunktion gegen eine nukleare Bedrohung durch vertragsbrüchige Staaten übernehmen sollen. Die Autorisierung zum Einsatz wäre auf mehrere Staaten verteilt, d.h. nur mit der Zustimmung aller könnte eine Kernwaffe gezündet werden. Von dieser Idee sollte man Abstand nehmen. Die Schaffung und Erhaltung einer kernwaffenfreien Welt beruhen auf der unumstößlichen Norm, daß Kernwaffen zu ächten sind. Selbst ein kleines Arsenal in den Händen der Vereinten Nationen gefährdet den Absolutheitsanspruch dieser Norm. Der völkerrechtswidrige Massenmord an der Zivilbevölkerung wird nicht durch eine Sicherheitsratsentscheidung legal oder legitim. Die o. g. Vorschläge sind zudem alle mit einem strukturellen Problem behaftet, das auch auf lange Sicht nicht lösbar ist. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen setzt sich aus Einzelstaaten zusammen. Seine Beschlüsse sind immer von nationalen Interessenerwägungen beeinflusst. Es ist anzunehmen, daß Sanktionsmechanismen oder gar militärische Interventionen nur im Falle eines Vertragsbruchs kleinerer, schwächerer Staaten greifen werden. Sollte ein einflußreicher Staat sich entschließen, wieder Kernwaffen anzuschaffen, ist die Chance einer militärischen Intervention seitens der Vereinten Nationen gering, das Risiko einer militärischen Eskalation hingegen groß.

### **Was tun? - Den Atomtod durch „Zufall“ unmöglich machen**

Drei Maßnahmen scheinen auf der internationalen Bühne Priorität zu verdienen:

**START III:** Die Vereinigten Staaten und Rußland sollten die weitere Verminderung ihrer Arsenale energisch in Angriff nehmen. START II erweist sich mehr und mehr als Sackgasse, da die Sprengkopffzahl von 3500 den strategischen Gegebenheiten und den Möglichkeiten Rußlands nicht mehr entspricht. START III bietet überdies die Chance, endlich die Demontage der Sprengköpfe und deren Verifikation direkt zu vereinbaren, anstatt vergebliche Versuche zu unternehmen, derartige Maßnahmen in halb-freiwilliger Form noch auf einen Vertrag daraufzusatteln, der wie in den Zeiten des Kalten Krieges auf die Trägersysteme, nicht aber die eigentlichen Kernwaffen ausgerichtet ist. Der Beginn von START III-Verhandlungen sollte von der Ratifikation von START II durch die Duma entkoppelt werden.

**Taktische Kernwaffen:** Sie unterliegen bislang keinem verbindlichen Reglement. 1991 hatten die damaligen Präsidenten Bush und Gorbatschow wechselseitig Verminderungen und zentrale Lagerung versprochen, ohne daß dies in einem Vertrag niedergelegt worden wäre. Daher wurde auch keine Verifikation vereinbart. Heute ist völlig unklar, inwieweit Rußland seinen damaligen Versprechungen nachgekommen ist oder hat nachkommen können. Da taktische Kernwaffen mobiler, die älteren zudem mit unzureichenden technischen Sicherheitsmaßnahmen versehen sind, ist ihre Beseitigung besonders wichtig. Dabei könnte auch endlich die strategisch unnötige und politisch völlig überholte Stationierung von nuklearen Bomben in Deutschland beendet werden.

**Cut-off:** Er ist aus mehreren Gründen vorrangig. Er verspricht einen erheblichen Zugewinn an Transparenz in den nuklearen Komplexen der Kernwaffenstaaten; er verhindert den Aufbau riesiger Arse-

nale in den drei kleineren Atommächten und in Indien, Pakistan und Israel, wenn sie sich einer solchen Konvention anschließen würden; und er ist von großer symbolischer Bedeutung wegen seiner traditionellen Position auf der Abrüstungsagenda. Die Kernwaffenstaaten sollten bewogen werden, dem Wunsch der Blockfreien nach der Einrichtung eines Ad-Hoc-Ausschusses zur nuklearen Abrüstung in Genf entgegenzukommen, wenn auch ohne Verhandlungsmandat. Intensive Konsultationen mit Indien sollten dieses wichtige Entwicklungsland aus der nur teils selbstverschuldeten Isolation wieder herausholen.

**Die höchste Priorität: Verhinderung einer „Unfallkatastrophe mit Kernwaffen“:** Am wichtigsten ist aber ein ganz anderer Bereich, der vor allem in Westeuropa unangemessen wenig Aufmerksamkeit findet: die wachsende Gefahr, daß ein unautorisierter oder gar gänzlich ungewollter Nuklearschlag geführt wird. Im Frühjahr dieses Jahres hat der damalige russische Verteidigungsminister Rodionov vor der sich ständig verschlechternden Lage der strategischen Raketenstreitkräfte seines Landes gewarnt. Auch nach seinem Rücktritt reißen die Meldungen über die Sicherheitsprobleme bei den russischen Atomwaffen nicht ab. Gerade deshalb hat die Ankündigung Präsident Jelzins, die „auf NATO-Staaten zielenden nuklearen Sprengköpfe abzubauen“, große Überraschung, aber auch Erleichterung ausgelöst, auch wenn dies später vom russischen Verteidigungsministerium dahingehend ausgelegt wurde, daß nur die Zieldaten aus den Steuerungssystemen genommen werden sollten. Als Jelzin wenig später auch Japan diese Garantie gab, schien die Gefahr einer Bedrohung westlicher Länder durch unautorisierte oder unfallbedingte Raketenstarts gebannt. Der amerikanische Rüstungskontrollspezialist Bruce Blair hat jedoch die folgenden Details über den Status der strategischen Nuklearstreitkräfte Rußlands herausgefunden:

- Nur zwei russische nukleare U-Boote sind ständig auf Patrouille. Alle anderen sitzen in Häfen fest und sind daher verwundbar. Ihre Raketen sind ständig in Hochalarmbereitschaft.
- Von den landgestützten, mobilen Interkontinentalraketen sind jederzeit nur ein bis zwei Regimenter mit je neun Raketen einsatzfähig. Das heißt: die russische Vergeltungsstreitmacht ist enorm verwundbar und könnte einen Erstschlag der Vereinigten Staaten nicht überleben.

Das Frühwarnsystem Rußlands weist erhebliche Lücken auf:

- Ein Teil der Frühwarnung ist durch die Aufsplitterung der Sowjetunion verlorengegangen.
- Einige Satelliten sind nicht mehr einsatzfähig, weil es an der notwendigen Wartung fehlt.
- Andere Satelliten und Datenverarbeitungsstationen fallen regelmäßig wegen Stromknappheit aus.

Das heißt: Rußland kann sich nicht darauf verlassen, einen Angriff rechtzeitig zu bemerken.

- Alle einsatzfähigen strategischen Streitkräfte Rußlands werden in der Alarmstufe „Start nach Warnung“ gehalten: es wird nicht der Einschlag der gegnerischen Sprengköpfe abgewartet, sondern beim ersten Anzeichen eines Angriffs zurückgeschossen.
- Die Wiedereingabe der gelöschten Zieldaten dauert wenig mehr als zehn Sekunden.

Und - ein wahrer Alptraum:

- *Die Zielcomputer der russischen Raketen sind so programmiert, daß sie bei einem Abschluß - ob von der Zentrale befohlen, ob durch einen Fehler ausgelöst - automatisch auf die ursprünglichen, „gelöschten“ Zieldaten zurückgreifen.*

Mit anderen Worten: obwohl der Machtkonflikt zwischen Ost und West verschwunden ist, ist die reale nukleare Bedrohung wieder akut, vielleicht akuter denn je - nicht wegen der Fähigkeiten der russischen Atomstreitkräfte, sondern wegen deren Verfall. Aus diesem Grund stellen amerikanische Rüstungskontroll-Experten die obengenannten Maßnahmen an die absolut erste Stelle, die die Alarmbereitschaft der Nuklearstreitkräfte senken sollen. Diese Maßnahmen sollten absoluten Vorrang genießen.

## Fazit

Aus den Sphären idealistischer Träumereien ist die nukleare Abrüstung unversehens wieder als massives Sicherheitsinteresse zurückgekehrt. Die Lethargie, die gegenüber den unverkennbaren - und wachsenden - Risiken herrscht, muß überwunden werden. Die Erfordernisse einer Politik, die auf minimale Einsatzbereitschaft der Nuklearstreitkräfte abzielt, widersprechen dem Routinebetrieb in allen Kernwaffenstaaten und treffen deshalb auf Widerstand, obwohl sie den westlichen Sicherheitsinteressen entsprechen. Sie verlangen nach einer weiteren Verminderung der Rolle der Kernwaffen, was durchaus im deutschen Interesse liegt. Es ist von größter Wichtigkeit, daß sich die westlichen Nichtkernwaffenstaaten bei ihren Partnern aufs energischste für eine solche Politik einsetzen, denn ohne westliche Gegenleistungen wird auch Rußland nicht bereit sein, die hochriskante Einsatzbereitschaft seiner Atomstreitkräfte zu vermindern. Dazu müssen alte, den Nuklearstrategen liebgewordene Zöpfe gekappt werden. Manche dieser Zöpfe baumeln auch an deutschen Köpfen, die vom alten Denken über den Atomschirm der NATO noch keinen Abschied genommen haben: das Festhalten an der Ersteinsetzung für Kernwaffen und an der Stationierung von taktischen Kernwaffen auf deutschem Boden. Vor allem geht es darum, daß unsere politische Öffentlichkeit aus dem Dornröschenschlaf erwacht, der sie daran hindert, den Ernst der Lage im russischen Kernwaffenkomplex voll zu erfassen. Es gilt, mit allen diplomatischen Mitteln auf die amerikanischen Verbündeten einzuwirken, den „De-alerting“-Vorschlägen der Rüstungskontrollexperten die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei geht es um nichts weniger als die europäische Sicherheit.